

Ressort: Finanzen

Bericht: EZB erhöht Druck auf griechische Regierung

Frankfurt/Main, 13.03.2015, 12:47 Uhr

GDN - Die Europäische Zentralbank (EZB) erhöht im Streit um die Staatsschuldenkrise den Druck auf die griechische Regierung. Am Donnerstag verfügte die EZB, die noch einmal leicht erhöhten Notfallkredite (ELA) nur für sieben weitere Tage zu genehmigen, berichtet das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel".

Bislang galt ein 14-tägiger Rhythmus. Die Regelung erlaube es der griechischen Notenbank, mit Billigung der EZB die heimischen Banken mit Notfallkrediten zu versorgen, heißt es weiter. Zugleich wolle die EZB faktisch die Möglichkeit Athens beschneiden, sich über die heimischen Banken zu finanzieren. Die bei der EZB angesiedelte europäische Bankenaufsicht hat die griechischen Banken bereits vor zwei Wochen in einem Schreiben ermahnt, durch den Kauf kurzfristiger Staatsanleihen (T-Bills) keine zusätzlichen Risiken einzugehen. Jetzt will sie laut "Spiegel" offenbar einzelnen Banken schärfere Vorgaben machen, was denen den Kauf von T-Bills stark erschweren und die Geldnot der griechischen Regierung weiter verschärfen würde. Der EZB-Rat muss dies noch billigen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-51267/bericht-ezb-erhoeht-druck-auf-griechische-regierung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619